

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



AK kämpft gegen Studiengebühren für Berufstätige

Ende 2016 hat der Verfassungsgerichtshof die Befreiung berufstätiger Studierender von der Studiengebühr gekippt. Die Reparaturfrist läuft Ende Juni 2018 aus. „Wir fordern den neuen ÖVP-Wissenschaftsminister auf, rasch zu handeln!“, sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Berufstätige Studierende nehmen eine Doppelbelastung auf sich. „Sie haben es nicht verdient, durch Studiengebühren bestraft zu werden!“, stellt Kalliauer fest. Der Verfassungsgerichtshof gab dem Gesetzgeber einen Reparaturauftrag, der bis Ende Juni 2018 zu erfüllen ist.

ÖVP-Minister bisher untätig

Doch bisher gab es von keinem der in dieser Zeit tätigen ÖVP-Wissenschaftsminister auch nur irgendein Anzeichen, das reparieren zu wollen und eine entsprechende Regierungsvorlage einzubringen. Damit gilt ab Herbst 2018 für rund 30.000 berufstätige Studierende: Bitte zahlen!

Beschäftigte leisten Unglaubliches

AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer ist verärgert: „Es kann einfach nicht sein, dass nun auch Minister Faßmann einen Auftrag des Höchstgerichts ignoriert und nichts tut!“ Bestraft würden dadurch

vor allem jene, die zur Finanzierung ihres Studiums arbeiten müssen. Diese Studierenden nehmen eine massive Doppelbelastung in Kauf. Andererseits leisten aber auch jene Beschäftigten Unglaubliches, die in ihrer Freizeit ein Studium als Weiterbildung absolvieren.

„Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die wichtigsten Leistungsträger im Land – aber es wird viel zu selten gewürdigt!“, betont Kalliauer. Umso mehr begrüßt die AK Oberösterreich die Initiative der Johannes-Kepler-Universität Linz, von berufstätigen Studierenden auch weiterhin keine Studiengebühren zu verlangen.



„Die Ignoranz der ÖVP-Wissenschaftsminister darf nicht dazu führen, dass die berufstätigen Studierenden bestraft werden!“

**AK-Präsident
Dr. Johann Kalliauer**

